

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,  
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: Tag der Schande für Hamburg – der antisemitische Exzess des 29. Mai  
2021 muss Konsequenzen haben**

Der 29. Mai 2021 dürfte schon bald als Tag der Schande in die Geschichte Hamburgs eingehen. Bis zu 200 in schwarze Kutten gekleidete Muslime kamen in militärischer Formation auf dem Steindamm zusammen, um ihren Antisemitismus öffentlich zur Schau zu stellen. Die von ihnen mitgeführten Särge lassen keinen Zweifel daran, dass es dabei um die Vernichtung des jüdischen Staates Israel und seiner Bürger ging. Dieser Vorfall stellt ein in Hamburg beispielloses Ereignis dar und verlangt nach einer ebenso scharfen wie unmissverständlichen Reaktion der Bürgerschaft. Wer in Hamburg auf offener Straße Parolen wie „Israel, Kindermörder“ oder „Raus aus Aqsa!“ skandiert und dem jüdischen Staat zudem mit Krieg oder gar mit summarischer Auslöschung droht, kann sich nicht auf Artikel 5 GG berufen, sondern verletzt vorsätzlich das Schutzgut des Menschenwürdekerns von Artikel 1 GG und schürt in der Bevölkerung irrationale Ängste, Vorurteile und Hass gegenüber jüdischen Menschen. Aus diesem Grund ist es die Pflicht des Senats, mit aller gebotenen Härte des Rechtsstaates gegen solche Erscheinungen vorzugehen und endlich die nötigen politischen Konsequenzen zu ziehen.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen,**

1. den Senat anzuweisen, mit allen verfügbaren Mitteln sicherzustellen, dass sich ein solches Ereignis in Zukunft nicht mehr wiederholt.
2. die fahrlässige Politik des Innensenators im Rahmen einer offiziellen Erklärung zu verurteilen.